

Unrechtsstaat DDR – 20 Jahre SED-Geschichtsklitterung

Berliner Erklärung des Deutschlandrates der Jungen Union

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union am 8. August 2009 in Berlin

Im Jahr 2009 feiern wir das 60-jährige Jubiläum der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sowie der Verkündung des Grundgesetzes. Außerdem begehen wir den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution und des Mauerfalls, die den Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ebneten. Zugleich jährt sich am 7. Oktober 2009 auch die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zum sechzigsten Mal – ein Anlass, innezuhalten, auf die Geschichte der DDR und ihren Unrechtscharakter zurückzublicken und der Opfer des SED-Regimes zu gedenken.

Diese Daten verdeutlichen zugleich, dass die Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte und insbesondere der deutschen Teilung längst nicht abgeschlossen ist, sondern gerade im Interesse der jungen Generation fortgesetzt werden muss. Die Brisanz dieser Thematik zeigt sich an der aktuellen Debatte über das Ausmaß der Übernahme ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit in den öffentlichen Dienst. Zehntausende frühere Stasi-Spitzel arbeiten fast 20 Jahre nach der Einheit zum Teil auf führenden Positionen in Polizei und Verwaltung, was insbesondere für die Opfer der Stasi, die zum Teil bis heute unter den Folgen ihrer Inhaftierung oder der Zersetzungsmaßnahmen leiden, unerträglich ist. Die Enttarnung des West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras als Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit wirft die Frage auf, in welchem Ausmaß die DDR die Bundesrepublik unterwandert hatte und das dortige politische sowie gesellschaftliche Geschehen beeinflussen konnte. So lösten Kurras' tödliche Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 eine dramatische Verschärfung der damaligen Studentenproteste aus. Ohne den Tod Ohnesorgs wäre die Geschichte der 68er-Bewegung anders verlaufen. Der Bundesrepublik wären möglicherweise Jahrzehnte des linksextremistischen Terrors erspart geblieben.

Die Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur verblasst zunehmend und die Unkenntnis über den SED-Unrechtsstaat nimmt zu. So haben in jüngerer Zeit die Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin über den Kenntnisstand von Schülern der 9. bis 11. Klassen sowohl in den alten als auch den neuen Ländern erschreckende Ergebnisse hervorgebracht. Wer die Berliner Mauer gebaut hat, konnte nur von 30 Prozent der Schüler richtig beantwortet werden. 42 Prozent der befragten Schüler gaben keine Antwort auf die Frage, ob die Regierung der DDR demokratisch legitimiert gewesen sei.

Diese Resultate sind nicht nur dem Zeitmangel bei der Vermittlung des Unterrichtsstoffs oder dem Desinteresse von Schülern geschuldet, sondern sind – besonders in den neuen Ländern – auch das Ergebnis einer gezielten Verharmlosungsstrategie der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ und ihrer publizistischen Verbündeten. Das Bild der DDR als Wohlfühlstaat mit Vollbeschäftigung und als Hort eines glücklichen Privatlebens wird nicht zuletzt von denjenigen Lehrkräften in den neuen Ländern gerne bedient, die noch zu DDR-Zeiten ihre Laufbahn begonnen haben und so Brüche ihrer eigenen Lebensgeschichte überdecken wollen. Besonderer Respekt gehört deshalb denjenigen Lehrern entgegengebracht, die sich eingestehen, während der realsozialistischen Verhältnisse Wahrheiten verzerrt und historische Dogmen und Feindbilder vermittelt zu haben.

Geschichte eines Unrechtsstaates

Die historischen Verzerrungen und die Unkenntnis der DDR-Vergangenheit sind umso erschütternder, als ein kurzer Blick auf die Geschichte und Vorgeschichte dieses Staates keinen Zweifel über seinen diktatorischen Zwangscharakter aufkommen lässt. Bereits die Phase der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war von der Ausübung brutaler politischer Repression geprägt. Im Auftrag des sowjetischen Diktators Josef Stalin wurde von der so genannten Gruppe Ulbricht, bestehend aus zurückgekehrten Moskauer Exilanten der deutschen kommunistischen Bewegung um Walter Ulbricht, zunächst im Sommer 1945 die KPD wiedergegründet, um nach dem Ende des Krieges den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie zu unterwandern. Die Lizenzierung der demokratischen Parteien SPD, CDU und LDP war mit einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit verbunden, die in dem Zusammenschluss der vier Parteien zum „Antifaschistischen Block“ gipfelte, in dem das Einstimmigkeitsprinzip galt. Am 19. Dezember 1945 entfernten die Sowjets die Vorsitzenden der CDU der SBZ und Berlins, Andreas Hermes und Walther Schreiber, aus ihren Ämtern. Den Traum der „Einheit der Arbeiterklasse“ ausnutzend, drängten die Sowjets auf die Vereinigung von KPD und SPD. Diejenigen Sozialdemokraten, die sich dem widersetzen, wurden unter Druck gesetzt und teils am Leben bedroht. Am 22. April 1946 wurde aus KPD und SPD die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Nach der Eliminierung der SPD wurden einerseits die Sozialdemokraten innerhalb der SED an den Rand bzw. aus der Partei heraus gedrängt, andererseits die Unabhängigkeit der CDU immer weiter untergraben. Unzählige Christdemokraten wurden unter Druck gesetzt, verhaftet, deportiert, ja ermordet. Im Dezember 1947 wurden mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer durch die Sowjets erneut die Vorsitzenden der CDU der SBZ und Berlins abgesetzt und von den Sowjets ohne Wahl eine neue CDU-Führung eingesetzt. Die legale CDU-Führung gründete als Vertretung der Gebiete der SBZ die Exil-CDU; diese blieb bis zur deutschen Einheit die einzige demokratische Parteiorganisation für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Gleichschaltung innerhalb der SED, der anderen Parteien und weiterer Organisationen innerhalb der SBZ durch die Kommunisten innerhalb der SED sowie die Sowjets schritt voran. Die Junge Union, die auch in der SBZ und der späteren DDR bestand, wurde 1950 verboten.

Die Erlangung der Alleinherrschaft durch die SED wirkte sich dramatisch aus: Die DDR war seitdem ein totalitäres System sozialistischer Prägung, das die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung und die Schaffung eines neuen, sozialistischen Menschen zum Ziel hatte. So stellte das DDR-Strafgesetzbuch „staatsfeindliche Hetze“ und „Missbrauch der Medien für bürgerliche Ideologie“ unter Strafe und disziplinierte so Journalisten, Medienschaffende und Künstler. Auch die meisten Institutionen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wurden im Sinne sozialistischer Ideologie gleichgeschaltet. Mit Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden die unabhängigen Gewerkschaften beseitigt. Zur Errichtung der Planwirtschaft wurden flächendeckend „Boden und Produktionsmittel“ enteignet.

Diese Entwicklungen wurden auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 gebündelt, als der „planmäßige Aufbau des Sozialismus“ und eine „Sowjetisierung“ der Gesellschaft be-

geschlossen wurden. Die schlechte wirtschaftliche Lage ließ in den folgenden Monaten die Unzufriedenheit der Bevölkerung wachsen. Es kam zu ersten Protesten, die sich in kürzester Zeit im ganzen Land verbreiteten. Die Demonstranten forderten Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung. Die Repressionsorgane des SED-Staates und die sowjetischen Besatzungstruppen griffen am 17. Juni 1953 ein und schlugen den Aufstand brutal nieder. Mindestens 55 Menschen starben im Zusammenhang damit. Der 17. Juni 1953 ist damit zum Symbol für den brutalen und diktatorischen Charakter des SED-Staates geworden.

Der Stasi-Staat

Die wichtigste Institution zur Machtsicherung der SED war das Ministerium für Staatsicherheit (MfS). Seine Hauptaufgabe war die flächendeckende Überwachung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Linientreue sowie die Einschüchterung und Bestrafung politischer Abweichler durch Berufsverbote, Zersetzungsmaßnahmen, Inhaftierung oder sogar Folter und Mord. Die Stasi war „Schild und Schwert der Partei“. Zu diesem Zweck bestanden nicht nur umfangreiche hauptamtliche Strukturen mit 91.000 Mitarbeitern, sondern es gab auch zahlreiche informelle Mitarbeiter (IM). Dieser Apparat an IMs wuchs bis auf über 100.000 Personen an, von denen etwa die Hälfte außerhalb der DDR tätig war. In Bezug auf die Bevölkerungszahl der DDR von ca. 17 Millionen Einwohnern sucht die Zahl von 140.000 Geheimdienstmitarbeitern ihresgleichen in der Welt. Vom MfS ging zudem die Auslandsspionage aus. Dieser Aspekt hat bisher bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte trotz zahlreicher spektakulärer Enthüllungen nicht genügend Beachtung gefunden. So war die Stasi nicht nur durch den Kauf von Stimmen einiger Bundestagsabgeordneter am Scheitern des Misstrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt beteiligt. Sie unterstützte beispielsweise umfassend die RAF sowie palästinensische Terrorgruppen. Auch die 68er- sowie die so genannte Friedensbewegung in der Bundesrepublik wurden von der Stasi unterwandert sowie zum Teil finanziert und gesteuert.

Die DDR - Mythos und Wirklichkeit

Im 20. Jahr der friedlichen Revolution wandelt sich das Bild der DDR in den Köpfen nicht weniger Menschen weg vom Stasi-Staat hin zum sozialen Paradies. Bei einigen, die die SED-Diktatur noch am eigenen Leib erlebten, setzt langsam eine Verdrängung der Lebenswirklichkeit in der DDR ein. Ein gängiges Muster in der Argumentation vieler Menschen lautet: „In der DDR habe doch Ordnung geherrscht, Arbeit hat es für alle gegeben, die soziale Absicherung war umfassend, die DDR war das wirtschaftlich leistungsfähigste Land im Block der sozialistischen Staaten und vor allem für die Jugend hat man viel getan.“

Die Lebenswirklichkeit sah jedoch anders aus. Nicht nur in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ökonomische Effizienz und Innovationsfähigkeit wies die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik riesige Defizite auf, sondern auch auf dem Feld der sozialen Sicherung. Denn neben der Diktatur der SED, die eine gegen sämtliche Grundrechte verstoßende

Umwälzung der Eigentumsverhältnisse sowie einen gewaltsamen Austausch der Eliten mit sich brachte, war beispielsweise auch die geringere Lebenserwartung eine Auswirkung des Sozialismus: 1988 lag sie bei den Männern 2,4 Jahre und bei den Frauen 2,7 Jahre niedriger als in der Bundesrepublik.

Geschichtsklitterung durch die kommunistische SED/SED-PDS/PDS/Linkspartei.PDS/Die Linke

Obgleich mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz von 1991 und dem Amt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) Institutionen geschaffen wurden, die der historischen und juristischen Aufarbeitung der Geschichte des Unrechtsstaates DDR dienen, wird die DDR von der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ systematisch beschönigt und ihr Unrechtscharakter in Abrede gestellt. Bis heute ist im Denken dieser Partei der alte „Anspruch auf das Wahrheitsmonopol“ höchst lebendig. Relativierung und Verharmlosung der im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen sowie die Gleichsetzung des SED-Unrechtsregimes mit der Bundesrepublik sind für Die Linke gängig. Diese gewollte Geschichtsverfälschung ist Teil ihrer Strategie und zeigt, dass sie die DDR-Diktatur immer noch verharmlost. Die Forderung der Partei Die Linke nach einer antifaschistischen Klausel im Grundgesetz steht eindeutig in Tradition zum SED-Antifaschismus und ist wesentlicher Bestandteil der Geschichtsklitterung.

So wird der 17. Juni 1953 nach wie vor als „Konterrevolution“ interpretiert, der Mauerbau „als friedenssichernde Abwehrmaßnahme“ bezeichnet und der Prozess der von Millionen Menschen gewollten Wiedervereinigung als „feindliche Übernahme“ durch die „reaktionäre Bundesrepublik“ verzerrt. Historische Fakten werden hingegen vertuscht: Obwohl die Parteiführung der SED schon frühzeitig von einem Staatsbankrott der maroden Volkswirtschaft ausgehen musste, konstruiert Die Linke das Bild einer prosperierenden DDR-Volkswirtschaft, die nach der Wiedervereinigung vom „Klassenfeind“ „platt gemacht“ wurde. Wider besseres Wissen interpretiert die Partei Die Linke heutige Probleme, wie die immer noch zu hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, nicht als Resultat ihrer gescheiterten Politik des Sozialismus, sondern als Ergebnis der Deutschen Einheit. Solche Zerrbilder sollen bewusst vom Versagen der SED ablenken. Äußerungen führender Politiker der SED-Fortsetzungspartei zu Stasi, Schießbefehl und zum Charakter der DDR belegen ebenfalls, welches Weltbild in den Köpfen dieser Partei herrscht: „Die Stasi habe viel Mist aufgeschrieben – das Meiste seien eigentlich Harmlosigkeiten“, äußerte beispielsweise ihr Ehrenvorsitzender Hans Modrow. Parteichef Lothar Bisky sagte: „Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“ Und der thüringische Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, Bodo Ramelow, äußerte wiederholt seine Auffassung, dass die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei. Die Parteiführung der SED-Fortsetzungspartei verhöhnt regelmäßig die Opfer der SED-Diktatur. Die 250.000 bis 300.000 politisch motivierten Urteile der DDR-Strafjustiz spielen im Geschichtsbild der „Linken“ keine Rolle. Die Partei, die für sich eine angebliche „Ostkompetenz“ in Ans-

pruch nimmt, leugnet das Unrecht, das Millionen von Ostdeutschen durch die SED erfahren mussten.

Angesichts dieser unerträglichen Geschichtsklitterung durch die SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ ist Aufklärung notwendig. Dabei ist das Erinnern an den Unrechtscharakter der DDR keine Diffamierung und kein Angriff auf die Menschen in Ostdeutschland, wie von den SED-Erben behauptet. Zwischen individueller Lebensleistung der Menschen in den neuen Bundesländern und der Kritik an der DDR-Diktatur muss klar unterschieden werden: Die meisten waren nicht Teil des Systems, sondern Opfer des SED-Unrechtsregimes.

Aufklärung und politische Bildung verbessern – Erinnerungskultur stärken

Als Konsequenz der zunehmenden Verklärung der DDR-Geschichte und des unzureichenden Wissens der jungen Generation über das SED-Unrecht sieht die Junge Union die intensive politische Auseinandersetzung und Aufklärung als dringend geboten an. Kenntnisse der politischen Ziele und der ideologischen Hintergründe der SED sowie der geschichtlichen Zusammenhänge sind dabei entscheidend. Gleichzeitig muss im 20. Jahr der friedlichen Revolution die Erinnerung an das DDR-Unrecht intensiviert werden. Aber auch die Leistung der Deutschen, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit erreicht zu haben, muss eine angemessene Würdigung in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik finden.

Gerade in der politischen Bildung an den Schulen müssen die wehrhafte Demokratie und ihre Grundwerte erläutert und vermittelt werden. Die jungen Menschen müssen über die Bedeutung von Begriffen wie „demokratischer Verfassungsstaat“ und „Soziale Marktwirtschaft“ unterrichtet werden und in der Lage sein, extremistische Positionen wie die der SED-Fortsetzungspartei „Die Linke“ zu erkennen und ihnen zu begegnen. Insbesondere die Geschichte der DDR und die damit verbundenen Verbrechen der Stasi- und SED-Diktatur müssen neben der Behandlung der Geschichte des Dritten Reichs einen größeren Raum im Schulunterricht erhalten. Ziel muss es sein, dass kein Schüler die Schule verlässt, ohne die DDR und das SED-Regime im Unterricht behandelt zu haben. Deshalb setzt sich die Junge Union auch für kostenfreie und verpflichtende Besuche für Schüler in Grenzlandmuseen und Gedenkstätten ein.

Neben der politischen Bildung trägt auch eine angemessene Erinnerungskultur zur Aufklärung über das DDR-Unrecht bei. Deshalb wird sich die Junge Union weiterhin für eine solide staatliche finanzielle Ausstattung von Gedenkstätten einsetzen. Weiterhin tritt die Junge Union dafür ein, die an der ehemaligen innerdeutschen Grenze vorhandenen Grenzbefestigungsanlagen unter Denkmalschutz zu stellen, um die Grausamkeit dieser Grenze und der deutschen Teilung für nachfolgende Generationen deutlich zu machen.

Als Zeichen der sichtbaren Erinnerung und des Gedenkens sollten deutschlandweit Straßen und Plätze nach historischen bedeutsamen Ereignissen wie dem Volksaufstand des 17. Juni 1953 oder dem Fall der Mauer am 9. November 1989 benannt werden. Damit würden die geschichtlichen Daten öffentlich im Bewusstsein der Bürger verankert.

Die Junge Union unterstützt den Appell der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Einzelfallprüfungen zumindest aller leitenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorzunehmen. Auch Mandatsträger in Bundestag, Europaparlament und Landtagen müssen sich einer solchen Überprüfung unterziehen. Wichtiger Grundsatz muss dabei sein, endlich für die umfassende Aufdeckung von Stasi-Verstrickungen zu sorgen. Klar ist, dass ehemalige Stasi-Spitzel keine Leitungsfunktionen ausüben oder gar Einfluss auf Personalentscheidungen nehmen dürfen.

Außerdem fordert die Junge Union, dass die Leugnung der Verbrechen der SED-Diktatur unter Strafe gestellt wird. Auch das Tragen von Symbolen der ehemaligen DDR und deren Organisationen wie der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) auf Kleidungsstücken sollte ebenfalls strafrechtlich geahndet werden.

Im Hinblick auf den 2010 bevorstehenden 20. Jahrestag der Wiedervereinigung strebt die Junge Union die Einrichtung eines Museums zur Geschichte der deutschen Einheit an, um an diesen glücklichsten Moment der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zu erinnern und ihn für nachfolgende Generationen lebendig zu halten.

Es ist die Aufgabe aller Demokraten, entschieden gegen die Versuche der SED-Fortsetzungspartei und anderer Ewiggestriger vorzugehen, die DDR-Diktatur zu verklären und die Verbrechen der Stasi zu verharmlosen. Die Deutungshoheit über den Unrechtsstaat DDR wird die Junge Union nicht den Feinden der Freiheit und der Demokratie überlassen.